

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

14.9.1929 (No. 214)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einseitige Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 cm Höhe und ein Zentimeter Breite.

Um die Reform der Arbeitslosenversicherung

M. Berlin, 14. Sept. (Priv.-Tel.) Die gestrige erste Besprechung der Reichsregierung mit den Vertretern der größeren Länder über das zwischen dem Reich und Preußen befundene Kompromiß in der Arbeitslosenversicherung hat bereits gezeigt, daß es auf äußerste Gefahr abet ist.

Der sächsische Vertreter lehnte sofort ab. Bekanntlich ist die sächsische Regierung jetzt rechts gerichtet. Bayern und Württemberg wahren die äußerste Zurückhaltung und erklären, sie müßten erst von ihren Regierungen neue Instruktionen erhalten, nur Baden gab zustimmende Erklärungen ab.

überhaupt muß darauf hingewiesen werden, daß in der entscheidenden Kabinettsitzung sowohl Stresemann wie Curtius fehlten, die vorkommenden Reichsminister also gar keine Stellung genommen haben.

In politischen Kreisen fürchtet man, daß bei der ablehnenden Haltung der Deutschen Volkspartei und der Unzufriedenheit der Sozialdemokraten, von denen übrigens das Kompromiß ausgegangen ist, der Kampf der Parteien sich weiter verschärft, und daß die ganze Frage ganz außerordentlich kritisch wird.

Der Kompromiß Reich-Preußen

Über die wesentlichen Punkte der zwischen dem Reich und Preußen gefundenen Verständigungsgrundlage für eine Reform der Arbeitslosenversicherung berichtet nach den Wittern folgendes:

Für denjenigen Teil des Saisonwerkes, der besonders hohe Löhne zahlt, wird, wie gemeldet, eine Beitragserhöhung auf insgesamt 4 1/2 Prozent (Arbeitgeber und Arbeitnehmer je 2 1/4 Prozent) vorgeschlagen.

Mit der allgemeinen Beitragserhöhung von 1/2 Prozent wird der Beitrag auf 2 1/2 Millionen Reichsmark berechnet, so daß noch ein ungedeckter Fehlbetrag von rund 30 Millionen Reichsmark bleibt, da der Gesamtbedarf auf 27 1/2 Millionen Reichsmark geschätzt worden ist.

In dem Kompromißvorschlag werden die Beitragserhöhungen bis zum 31. März 1931 befristet, ebenso auch die Leistungsminderungen der Versicherung. Gegen die Sonderbelastung der Saisonarbeiter mit einem Sonderbeitrag von 1 Prozent des Lohnes wird jetzt ins Feld geführt, daß dadurch die an sich schon schwierige Lage des Baugewerbes verschlimmert werden würde.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschloß sich am Freitag mit der Arbeitslosenversicherung. Angesichts der noch schwebenden Verhandlungen hat der Vorstand die Einberufung einer Sitzung der Gesamtfraktion in Aussicht genommen, die voraussichtlich am Freitag der kommenden Woche stattfinden wird.

Zwei Vorlagen über die Versicherungsreform

Die Kabinettsberatungen über die Reform der Arbeitslosenversicherung haben dem „W. Z.“ zufolge mit dem Beschluß geendet, dem Reichstag zwei Vorlagen zu unterbreiten. Die eine Vorlage betrifft die Befristung der Beiträge, über die sowohl im Sachverständigenausschuß wie im Sozialpolitischen Ausschuß Übereinstimmung bestanden hat.

Zusammentritt von Ausschüssen aus dem Youngplan. Am Montag werden in Paris der Sachverständigenausschuß und einige andere, im Youngplan vorgesehene Kommissionen zusammentreten.

Für die Saarverhandlungen ist der Exierer Regierungschef Dr. Saafflen zum Führer der preussischen Abordnung innerhalb der deutschen Delegation bestellt worden.

Letzte Nachrichten

Der Beginn der britischen Räumung

W.D. London, 14. Sept. (Tel.) „Daily News“ schreibt in einem Leitartikel zu der heute beginnenden britischen Räumung: Unsere Befragung läßt keine Bitterkeit zurück; denn unsere Männer sind nie wie Eroberer einhergegangen.

„Daily Express“ schreibt: Das Rheinland sieht den heutigen Tag als das wirkliche Ende der Kriegsperiode mit England an und als den Beginn seiner nationalen Freiheit. Seit fast elf Jahren hatten die Bewohner fremde Soldaten unter sich, die in ihren Straßen marschierten, in ihren Häusern untergebracht waren.

Die saarländische Volkspartei an Stresemann

W.D. Saarbrücken, 14. Sept. (Tel.) Die deutsch-saarländische Volkspartei (Vereinigte demokratische und liberale Partei) hat den Bericht der von Genf zurückgekehrten Delegierten, Schmelzer und Kommerzienrat Dr. Röschling, entgegengenommen und an Reichsminister Dr. Stresemann ein Telegramm gerichtet, in dem sie ihren herzlichsten Dank für die aufopfernde Tätigkeit Dr. Stresemanns im Haag und in Genf ausdrückt.

Kommunistische Kundgebungen in New York

W.D. New York, 14. Sept. (Tel.) Wie bei einer kommunistischen Palästina-Kundgebung, kam es auch bei zwei weiteren kommunistischen Kundgebungen zu erheblichen Aufruhrungen, in deren Verlauf zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden.

Frankreich und die Räumung

Einmütige Billigung der Politik Briands

W.D. Paris, 14. Sept. (Tel.) Zu den Presseäußerungen über die Frage, ob die im französischen Ministerrat in Raimbouillet ausgesprochene Billigung der Politik Briands in Genf einmütig erfolgt oder nicht, veröffentlicht der „Matin“ im Sperrdruck eine Feststellung, wonach der Ministerrat nach einer Erläuterung der Räumungsbedingungen durch Briand und des Standes der Defensivorganisation an den französischen Grenzen durch Kriegsminister Painlevé die von der französischen Delegation sowohl im Haag als auch in Genf eingenommene Haltung einmütig gebilligt hat.

Der Pariser „Excelsior“ hatte, wie gemeldet, mitgeteilt, Briand habe im Ministerrat daran erinnert, daß vor der Räumung des Rheinlandes die Überleitungsregeln im Reichstag angenommen sein müßten, daß ferner die Internationale Bank geschaffen sein und tatsächlich funktionieren müsse, und daß endlich eine echte beträchtliche Transche deutscher Obligationen durch die Internationale Bank ausgegeben sein müsse.

Die Genfer Beratungen Die Völkerversammlung ist auf heute, Samstag, nachmittag zu einer Sitzung einberufen worden, um das Ergebnis der Staatenkonferenz für die Revision des Haager Statutes für die Vereinfachung des Beitritts der Vereinigten Staaten von Amerika zum Ständigen Internationalen Gerichtshof in Haag zu genehmigen.

* Zur außenpolitischen Lage

Die weltpolitische Bedeutung der Wahlen in England hat sich auch in den letzten sechs Wochen in der nachdrücklichsten Weise offenbart. Die ganze außenpolitische Entwicklung ist dadurch beeinflusst worden, und ihr Verlauf wäre zweifellos ein anderer gewesen, wenn die Konservativen in Großbritannien am Ruder geblieben wären.

Das Merkwürdige ist nun aber, daß Macdonald mit seiner Politik nicht etwa nur die Billigung seiner Partei findet, die bekanntlich an sich die Majorität gar nicht besitzt, sondern daß er mit dieser Politik als der Vertreter der gesamten öffentlichen Meinung Englands gelten kann.

Das Charakteristikum der neuen Ära in England ist die Durchführung einer Politik, die in gleicher Weise friedliche Tendenzen verfolgt und doch das nationale Selbstbewußtsein stärkt. Die Abhängigkeit des konservativen Kabinetts von den Wünschen Frankreichs hatte allmählich Formen angenommen, die von jedem britischen Patrioten als drückend und entwürdigend empfunden werden mußten.

Sie haben sie gewünscht, obwohl sie sich an jedem Tage davon überzeugen konnten, daß sie dem britischen Volke mißfiel, Europa schädete und England selbst in eine ebenso unwürdige, wie gefährliche Situation hineinmanövierte. Es ist interessant, daß in jenen Tagen des konservativen Regimes ein Sensationsroman in England erscheinen konnte, der mit der Möglichkeit einer Vernichtung Englands durch ein Bündnis aller übrigen europäischen Staaten rechnet.

Im Sinne solcher Empfindungen und Erkenntnisse hat das Kabinett Macdonald die Außenpolitik Großbritanniens reformiert. Und gerade in den letzten Tagen hat diese zielbewußte Reformarbeit, soweit sie das Verhältnis Englands zu Frankreich und zu Nordamerika betrifft, eine Art Krönung gefunden. Aus Washington wird berichtet, man habe sich im wesentlichen bereits über die Seeabstufungsfrage mit London geeinigt, so daß also der Besuch Macdonalds bei Hoover nur noch die Bedeutung eines großen symbolischen Aktes haben wird.

Und in derselben Unterredung hat Macdonald mit einer für das verflorenen Kabinett wenig schmeichelhaften Rückhaltlosigkeit die faktische Abhängigkeit dieses Kabinetts von Paris als historische Tatsache unterstrichen und sie beklagt. Macdonald will bei alledem — wir haben schon früher darauf hingewiesen — keine Zwistigkeiten mit Frankreich. Im Gegenteil! Er hat betont, daß er sich eine gegen Frankreich gerichtete Politik nicht vorstellen könne. Aber er wolle mit allen Völkern im Frieden leben, und er wolle demgemäß keine Politik, die als eine neue Art Entente zwischen England und Frankreich gedeutet werden könne. Er hat eben ganz richtig eingesehen, daß Bündnisse im Leben der Völker immer eine gewisse Spitze gegen andere enthalten. Denn wozu sollte man sonst überhaupt derartige Bündnisse abschließen?

Die Gestaltung des politischen Verhältnisses zwischen Nordamerika und England kann Deutschland nur mittelbar berühren. Wichtig bleibt sie bei der weltpolitischen Verflechtung aller Großmächte unter allen Umständen auch für uns. Unmittelbar berührt dagegen werden wir durch die Art und Weise, wie sich Englands Verhältnis zu den europäischen Staaten, zumal zu Frankreich, entwickelt. Dieses Thema werden wir im nächsten Artikel zu behandeln haben.

Die politischen Vereinbarungen der Haager Konferenz

Die Reichsregierung veröffentlicht den Wortlaut der auf der Haager Konferenz getroffenen politischen Vereinbarungen über die Räumung des Rheinlandes und über die Aufnahme der deutsch-französischen Verhandlungen wegen der Saarfrage. Der Wortlaut der finanziellen Vereinbarungen wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Die politischen Vereinbarungen umfassen in ihrem ersten Teil die eigentlichen Vereinbarungen, in dem zunächst einleitend im Hinblick auf den abgeschlossenen Notenwechsel die Einigung über die Räumung der besetzten rheinischen Gebiete festgestellt wird. Darauf folgen die bekannten Bestimmungen über die Kommissionen, die durch die Schiedsabkommen von Locarno vorgesehen sind und ihre Zuständigkeit für etwaige Schwierigkeiten aus Artikel 42 und 43 des Versailler Vertrags. — Diesen Abmachungen ist der Notenwechsel zwischen den Besatzungsmächten und der deutschen Regierung über die Räumung des Rheinlandes beigelegt. Neu sind für die Öffentlichkeit die Anlagen zu diesem Notenwechsel.

Weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit

Nach den endgültigen Berichten der Landesarbeitsämter hat die Zahl der Unterstüßungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung — die in der Zeit vom 1. bis 15. August zum erstenmal eine Steigerung aufwies — in der zweiten Monatshälfte in geringem Umfang weiter zugenommen, und zwar von rund 716 000 auf 726 000, d. h. um 9500 Personen oder 1,4 Proz. Die Zunahme entfällt ausschließlich auf die Männer, während bei den Frauen auch diesmal noch ein Rückgang zu verzeichnen ist. Die Zahl der männlichen Hauptunterstüßungsempfänger betrug am 31. August 529 500, die der weiblichen rund 196 000.

Auch die Zahl der Hauptunterstüßungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist, wie der Bericht zeigt, in geringem Maße, nämlich um rund 3000 Personen oder 1,9 Proz., gestiegen. Die prozentuale Zunahme ist hier bei den männlichen und weiblichen Hauptunterstüßungsempfängern gleich. Die Gesamtzahl der Hauptunterstüßungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung betrug am 31. August 125 000 männliche und 12 000 weibliche, zusammen 137 000 Personen.

Die Flottenabrüstung

Prinzipielle Einigung zwischen England und Amerika
Zwischen England und Amerika ist eine prinzipielle Einigung in der Flottenabrüstungsfrage erzielt worden. Man hat sich gegenseitig zugesagt, der nächsten Seekonferenz folgende starke Reduzierung beider Flotten vorzuschlagen in der Erwartung, daß auch die anderen drei Seemächte entsprechende Abstriche vornehmen.

Erzielung der Parität zwischen den Vereinigten Staaten und England im Jahre 1936 in der Kreuzerklasse, in dem England durch Nichterwerb veralteter Schiffe seine Kreuzertonnage auf 840 000 Tonnen herabsetzt und Amerika von dem in diesem Jahre beschlossenen Bauprogramm von 15 Kreuzern nur 12 baut; ferner die Verringerung der Ausgaben für Schlachtschiffe, indem man deren Ersatz verzögert; schließlich Reduzierung der Zerstörerklasse um etwa 200 000 Tonnen, so daß England und Amerika nur je zwischen 125 000 und 150 000 Tonnen Zerstörer im Jahre 1936 besitzen. Eine weitere Verringerung der Schlachtschiff-tonnage ist für die zweitnächste Konferenz in Aussicht genommen, mit der man für 1936 rechnet.

Der bevorstehende Plan bedarf natürlich besonders, da er eine Änderung des Washingtoner Abkommens zur Folge haben würde, der Zustimmung der übrigen drei Seemächte, und insofern handle es sich bei der Einigung zwischen England und Amerika zunächst nur um ein Programm, das man der Seekonferenz vorzuschlagen wolle.

England und Rußland

Wiederaufnahme der Verhandlungen

Die Sowjetregierung hat die Einladung der britischen Regierung angenommen, erneut Bevollmächtigte zur Besprechung der Prozedur bei den künftigen Verhandlungen über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen nach London zu entsenden.

„Daily Herald“ begrüßt in einem Leitartikel, die Annahme der britischen Einladung. Das Blatt schreibt: Die Wiederherstellung der freundschaftlichen, heraldischen Beziehungen mit Sowjetrußland ist einer der Hauptpunkte der Außenpolitik der Arbeiterregierung. Das Blatt führt die Einstellung der Augustverhandlungen auf ein Mißverständnis infolge des falschen Eindrucks zurück, den Dorgaleski, der nur mangelhaft englisch spricht, von seinen Besprechungen mit Henderson gehabt habe, und hofft, daß die neuen Erörterungen von solch bedauerlichen Mißverständnissen frei sein werden.

Der 8. Deutsche Richtertag in Köln nahm eine Entscheidung an, in der es heißt: Die Frage, ob eine grundlegende Justizreform in Deutschland notwendig erscheint, muß bejaht werden. In erster Linie muß hierzu ein für die neuen Erfordernisse hinreichend vorgebildeter Richterstand in allen Instanzen vorhanden sein. Nicht weniger wichtig aber ist, in der Vereinheitlichung der Rechtsprechung fortzufahren.

Die Untersuchung der Bombenanschläge

Der Stand der Ermittlungen — Ein zweites Geständnis

WTB. Altona, 14. Sept. (Tel.) Polizeipräsident Eggerstedt gab heute vormittag in einer Pressebesprechung eine Darstellung des gegenwärtigen Standes der Ermittlungen in der Angelegenheit der Sprengstoffanschläge. Einleitend bemerkte er, daß die Untersuchung in zwei Teile zerfalle: eine gegen die Nationalsozialisten, die andere gegen die Landvolkbewegung. Beide Aktionen laufen vollkommen voneinander getrennt.

Die Aktion gegen die Landvolkbewegung hatte ihren Ausgangspunkt in Altona, während es sich bei dem Vorgehen gegen die Nationalsozialisten um eine Unternehmung handelt, die von Berlin ausgeht. Die Nationalsozialisten hatten sich in Berlin zu Besprechungen zusammengefunden, waren dort beobachtet, bis Altona verfolgt und dann verhaftet worden. Die Untersuchung gegen die verhafteten Nationalsozialisten wird von Berlin weiter verfolgt. Was die Landvolkbewegung anlangt, so liegen sich zunächst umfangreiche Verhaftungen nicht vermeiden. Es wurden auch Verhaftungen vorgenommen, die vielleicht nicht aufrecht erhalten werden können. Es befinden sich jetzt 20 Verhaftete in Altona und jedes neue Geständnis zieht weitere Verhaftungen nach sich. Dabei ist die Polizei bestrebt, nur gegen Personen vorzugehen, von denen angenommen werden muß, daß die Fäden bei ihnen zusammengekommen sind.

Für die Polizei steht die Untersuchung nach wie vor günstig, und der Ring um die Verdächtigen ist völlig geschlossen. Die Nachforschungen nach dem Verstellungsort der Bomben stoßen auf außerordentliche Schwierigkeiten.

Das erste Geständnis, dasjenige Beshles, bezog sich bekanntlich auf das Weidenflether Attentat, das Beshles in allen Einzelheiten schilderte. Heute nacht ist nunmehr das zweite Attentat eingestanden worden, und zwar handelt es sich dabei um den Anschlagversuch in Schleswig, der jetzt ebenfalls in den Einzelheiten aufgeklärt ist. Der Name des Geständigen muß im Interesse der Untersuchung vorläufig ungenannt bleiben.

Zwei neue Verhaftungen

WTB. Jhehoe, 14. Sept. (Tel.) Im Zusammenhang mit den Sprengstoffanschlägen sind in der letzten Nacht der Landwirt Schade aus Rathen, der in der Landvolkbewegung eine führende Rolle spielt, und der Siebler Mathes aus Büden verhaftet und nach Altona gebracht worden.

Vergleich der bisherigen Ergebnisse

Durch einen Beamten des Berliner Polizeipräsidiums sind der Abteilung IA am gestrigen Freitag die bisher in der Attentatsaffäre in Schleswig-Holstein aufgenommenen Vernehmungprotokolle der dort verhafteten Personen übermittelt worden. Aufgabe der Berliner Kriminalpolizei ist es nun, durch Vergleich der Altonaer Protokolle mit den Ergebnissen der Berliner Verhöre festzustellen, ob sich daraus belastendes Material gegen die in Berlin festgenommenen Personen ergibt. Auf jeden Fall soll die Übergabe der Polizeiakten an den Richter so schnell als möglich erfolgen, zumal schon eine Reihe diesbezüglicher Urträge von Rechtsbeiständen vorliegt.

Drei Nationalsozialisten wieder freigelassen

WTB. Hamburg, 14. Sept. (Tel.) Gestern nachmittag wurden die Nationalsozialisten Redakteur Willi Ehlers von der „Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung“, Gaugeschäftsführer der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Brüg und der Kaufmann Bentsch aus Jhehoe vom Altonaer Polizeipräsidium wieder auf freien Fuß gesetzt. Der Hauptstrittführer Uffe wurde in Haft behalten, da die Zeichnung der ihm gehörigen beschlagnahmten Schriftstücke noch nicht abgeschlossen ist.

Kurze Nachrichten

Neue Kredite für die ländlichen Siedlungen. Der Verwaltungsrat der Deutschen Rentenbankkreditanstalt hat einen Vorschlag des Vorstandes, eigene Mittel für die ländlichen Siedlungen herzugeben, einstimmig angenommen. Der Beschluß geht dahin, sofort 10 Millionen Reichsmark für Zwischenkredite bereitzustellen. Für jedes der beiden folgenden Geschäftsjahre ist die Herabgabe der gleichen Summe in Aussicht genommen. Die Kredite werden ebenso behandelt werden wie die Reichskredite, d. h. sie werden durch den bei der Deutschen Reichskreditanstalt gebildeten Siedlungsausschuß bewilligt.

Eine Konferenz der Donaufaaten? In Genf sind Beitreibungen im Gange, eine Konferenz aller Donaufaaten unter Hinzuziehung von Polen zustande zu bringen. Als Zweck dieser Konferenz werde angegeben, daß sämtliche aus dem Krieg sich ergebenden strittigen Fragen erörtert werden sollen.

Der berühmte Fassadenmaler und Hotelier Paul Kaestner, der nach zahlreichen großen Hoteldiebstählen in Berlin festgenommen und zu 4½ Jahren Gefängnis verurteilt worden war, ist am Freitag aus einer doppelt gesicherten Zelle des Gefängnisses in Tegel ausgebrochen und geflüchtet. Er wurde aber in einem Wald in der Nähe der Strafanstalt aufgefunden und nach kurzem Widerstand — er wurde durch einen Schuß schwer verletzt — in die Strafanstalt zurückgebracht.

Zeitschriftenschau

Westermanns Monatshefte, die Zeitschrift der Gebildeten, der geistig Regsten, haben jenen das erste Heft des 74. Jahrganges herausgebracht. Dr. Friedrich Düssel zeichnet auf 14 Seiten an Hand vieler Illustrationen ein klar umrissenes Bild aus der Werkstatt Otto Thielses. Einen besonderen literarischen Lederbissen bildet der neue große Roman von Rudolf Prescher „Die Witwe von Ephesus“ voll Spannung und Leben. Die Novelle von Georg Masner „Und dennoch etwas blieb fürs Leben“ läßt die Studentenjahre mit all ihren Freuden und Sorgen so deutlich am geistigen Auge vorüberziehen, als wenn man alles getrennt erst erlebt hätte. Dann folgt Carl J. Luther, der bekannte Sportschriftsteller und Sportsmann, mit seinem köstlichen Beitrag „Zeltlagerleben“ voll Stimmungsbildern. Das Gebiet der Musik berühren die Aufsätze „Augenberinnungen an berühmte Musiker“ aus dem Nachlaß von Ferruccio Busoni, und „Das Geigengeheimnis“ von Ali Wenzl-Rissen. Dr. Kurt Floerke schrieb für Tierfreunde die Geschichte der „Göttervögel“. Das in letzter Zeit viel besprochene und beschriebene Thema „Verjüngung“ behandelt Theodor Kappstein an Hand vieler Beispiele von Buddha bis Steinach. Ein hochaktuelles Thema ist „Hellschen und Wahrsagen“, behandelt von Universitätsprofessor Verwehen. Dorothea Hauer plaudert in seinem Beitrag nach Filmamerika. Dorothea Hauer plaudert über „Jung-China“, Pflege und Erziehung der Kinder. So könnten wir noch eine Anzahl andere wichtige Beiträge anführen, aber leider reicht der Raum dazu nicht aus.

Die Nordfahrt des „Graf Zeppelin“

WTB. Hamburg, 14. Sept. (Tel.) Wie der Jagar vom Luftschiffbau Zeppelin mitgeteilt wird, wird „Graf Zeppelin“ am kommenden Dienstag gegen Mittag über Hamburg erscheinen. Dann geht die Fahrt elbwärts nach Delgoland und Westerland auf Selt. Auf der Rückkehr wird das Luftschiff abends nochmals Hamburg berühren und über Lübeck und Medlenburg die Heimreise nach Friedrichshafen fortsetzen.

In den letzten Tagen sind die am Rastenburger Friedhof (Streuken) angelegten Aufbewahrungsräume einiger hiesiger Firmen, die sich mit dem Verkauf von Pulver zur Herstellung von Munition für Jagd- und Scheibbüchsen sowie von Sprengstoffen befassen, erbrochen und beraubt worden. Es sind insgesamt etwa 13 Kilogramm Sprengstoff und Pulver entwendet worden. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

In Jellbach bei Stuttgart hat ein Arbeiter nach kurzem Wortwechsel seine Frau durch einen Stich ins Herz getötet und sich dann selbst eine Verletzung beigebracht. Er wurde verhaftet.

In Karlsbad wurde ein Falschspielernest ausgehoben. Auf eine Anzeige zweier Amerikaner, daß sie in eine Wohnung gelockt und dort im Pokerspiel binnen 10 Minuten um 440 Dollars erleichtert worden seien, wurden drei, mit amerikanischen Pässen versehene Polen in Haft genommen. Es werden Nachforschungen angestellt, ob es sich um dieselben Falschspieler handelt, die in Baderziggen zwischen Berlin und Karlsbad eine ganze Reihe von Reisen im Kimmelsblätchen und anderen Spielen hineingelegt haben.

Badischer Teil

Ein Vortrag des Reichsernährungsministers in Mannheim

Die Lage der Landwirtschaft

Reichsernährungsminister Dr. Dietrich hielt am Freitag vor einer Versammlung von Vertretern des badischen, rheinbessischen und pfälzischen Wirtschaftslebens auf Einladung der Handelskammer Mannheim einen Vortrag über die Lage am Getreidemarkt und die Monopolbestrebungen, eine Rede, in der er unter Hinweis auf die gegenwärtige Lage am Getreidemarkt u. a. ausführte:

Bislang ist die Forderung nach dem Monopol noch nicht erhoben worden. Immerhin wird es gut sein, den Kampf um das Monopol zu beleuchten. Die Rechtslage ist so, daß Deutschland zur Zeit ein Einfuhrhandelsmonopol über für einzelne, noch für mehrere oder alle Getreidesorten machen kann. In 18 Handelsverträgen, darunter so ziemlich allen wichtigen, hat Deutschland sich verpflichtet, den Barrenaustausch durch keinerlei Aus- oder Einfuhrverbote oder -beschränkungen zu behindern, es sei denn, daß die betroffenen Waren Gegenstand eines Staatsmonopols oder einer ähnlichen Einrichtung sind. Dadurch war der Möglichkeit, etwa die Einfuhr an Weizen in die Hand des Staates zu nehmen, von vornherein der Boden entzogen.

Der Ausschuß, der sich im Auftrage der Reichsregierung mit diesen Dingen befaßt, sah sich, wenn er ein Monopol wollte, vor der Notwendigkeit, nur ein Vollmonopol vorzuschlagen zu können, d. h. er konnte nicht etwa allein die Einfuhr für die Staatsbewirtschaftung in Aussicht nehmen, sondern er mußte auch das im Inlande erzeugte Getreide bewirtschaften. Das bedeutete, daß das Monopol ein Geschäft im Werte von gegen 4 Milliarden, und das größte Geschäft erforderlich wäre, um die mit einem solchen Geschäft notwendigerweise verbundene Vorratswirtschaft zu bezahlen, und das bedeutete endlich eine Organisation, die weder aus dem Boden zu stampfen, noch für uns zu tragen gewesen wäre. Würde das ganze Unternehmen schon daran scheitern, daß diese Schwierigkeiten nicht zu bewältigen waren, so kam hinzu, daß die Verhandlung über die Preishöhe nicht möglich war.

Wenn man sich nun die gegenwärtige Situation überlegt, so muß man zwischen Weizen und Roggen scharf scheiden. In Weizen sind wir immer Bedarfsland gewesen, in Roggen haben wir zeitweilig Überschüsse, die wir bei dem heutigen Stand der Finanzen Deutschlands nicht unterbringen können. Ein Vermahlungs- oder Weimahlungszwang für Roggen besteht nicht. Wohl ist er angeregt worden, ich muß es mir aber versagen, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Abgesehen ist bekannt, daß die Getreidehandelsgesellschaft den Roggenmarkt stark gestützt hat, und nachdem nun von verschiedenen Seiten so getan wird, als ob ich mich um diese Dinge gar nicht kümmern würde, darf ich feststellen, daß selbstverständlich die Getreidehandelsgesellschaft die umfangreiche Stützungsaktion nur im Einvernehmen mit mir in die Wege geleitet und durchgeführt hat. Es ist nicht beabsichtigt, diese Stützungsaktionen einzustellen.

Der deutsche Roggenexport in den reichen Erntejahren von 1928 und 1929 ist nicht Brotgetreideexport, sondern Futtergetreideexport. Das Einfuhrschicksal, das die Ausfuhr möglich macht und unterstützt, bedeutet, daß wir im Osten Roggen als Futtergetreide ausführen und im Westen dafür Gerste und Mais zu Futterzwecken hineinbringen. Es wäre daher eine große Erleichterung, wenn es gelänge, unter Verlastung des Einfuhrschicksals einen Weg zu finden, der Starke-roggen aus dem Osten in Hauptverbrauchsgebiete für ausländische Gerste und Mais zu bringen und dort zu verfüttern.

Es muß aber dabei betont werden, daß viel schlimmer als die Lage am Getreidemarkt die Lage auf dem Großviehmarkt ist, wo kaum mehr als die Vorkriegspreise erzielt werden, und es muß weiter hinzugefügt werden, daß der Getreidebau nur einen kleinen Teil der landwirtschaftlichen Produktion ausmacht, und daß bei aller Notwendigkeit, den Getreidebau zu stärken, die anderen Zweige der Landwirtschaft nicht vernachlässigt werden dürfen.

Der Minister wandte sich sodann gegen die Leute, die so reden und tun, als ob es lediglich an der Regierung läge, die wirtschaftliche Krise zu beheben, und schloß seine Ausführungen, indem er erklärte: Abgesehen davon, daß Zwangsmaßnahmen in die Wirtschaft immer bedenklich sind, glaube ich nicht, daß wir die Lasten des verlorenen Krieges bewältigen und wieder zu Wohlstand kommen können, wenn wir die freie Wirtschaft vernichten. Wir sind an einem Wendepunkt unserer Geschichte. Der Außenstehende wird die deutsche Innen- und Außenpolitik dahin beurteilen, daß es ersichtlich ist, wie weit wir wieder aus dem Zusammenbruch des Nachkrieges und der Revolution herausgekommen sind, und eines der deutlichsten Zeichen dafür ist die Tatsache, daß wir damals vom Auslande völlig ausverkauft wurden, während wir heute eine Reihe von Produkten der Arbeit unseres Volkes in Sonderheit der Landwirtschaft nicht unterbringen können.